

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riesa, Riesaer Str. 22.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Hauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Hauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Sanitätsrats Riesa.

Postfachamt: Dresden 1250, Ciroffice Riesa Nr. 52.

Nr. 244.

Dienstag, 19. Oktober 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Bote. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebes sind bis 2 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Spalten) 20 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; geländerter und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, feste Tarife, Bemerkungen, Rabatte, etc., wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingegangen werden muß oder der Auftraggeber in Rechnung gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung: Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Leseranten oder der Verlegeranstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Wahrung oder Nachzahlung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangas & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Eine belgische Betrachtung.

Wenn die belgischen Staatsmänner und Politiker Lust und Neigung dazu hätten, so könnten sie sehr eine Betrachtung anstellen, die in mehr als einer Hinsicht ihnen gewisse Erkenntnisse bringen könnte. In Belgien fanden vor kurzem die Gemeinderatswahlen statt. Sie ergaben einen Ausgang, der auch etwas Licht über die Zusammenhänge, Bindungen, Unterschiede zwischen Alt-Belgien und dem Teil der neubelgischen Bevölkerung werfen dürfte, der auf Grund der Versailleer Verträge dem Königreich im Jahre 1918 einverleibt worden ist. Das Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Alt-Belgien brachte der belgischen Sozialdemokratie einen ungleich größeren Verlust, den Klassenpartei dagegen einen Erfolg, der der Größe des sozialdemokratischen Verlustes ungefähr gleichkommt. In Neu-Belgien wiederum war der Ausgang der Gemeinderatswahlen ganz anders geartet, ein Ergebnis, das in seiner überraschenden Sprache deutlicher als alles andere das Widersinnige der Einverleibung Eupen-Malmédys in den belgischen Staatskörper erhellt. In dem von einer durchaus laiblichen und bürgerlichen Bevölkerung bewohnten ehemals deutschen Gebietsteil erlitten die Sozialisten eine erhebliche Einbuße an Stimmen, die lediglich der sozialdemokratischen Partei die nötige Mehrheit sicherte. Es wäre jedoch grundfalsch, anzunehmen, daß dieser sozialdemokratische Wahlsieg in Eupen-Malmédy einer parteimäßigen, sozialdemokratischen Gewinnung der belgischen Wähler entsprang. Denn wie schon gesagt, die Bevölkerung Eupen-Malmédys war und ist auch heute noch durchaus bürgerlich eingekleidet. Die Wahlen, die unter deutschem Regime stattfanden, ergaben daher auch stets einen Sieg der Zentrumspartei, was die Niederlage der belgischen Sozialisten bei den letzten Gemeinderatswahlen in Eupen-Malmédy doppelt erschaunlich erscheinen lassen könnte.

In der Tat entspricht dieses Verhalten der deutschen Wähler für die Sozialdemokratie Belgiens — ganz anderen Motiven, Gründen, die parteipolitisch in keiner Weise zu bewerten sind. Es ist eine ungleich größere Tatsache, daß die deutsche Bevölkerung Eupen-Malmédys sich innerlich nicht vom deutschen Mutterland losgerissen hat, daß sie auch heute noch fester denn je den Willen bekundet, zurückzukehren in das Heimatland, mit dem gleiche Sitte, Kultur und Sprache sie aufs Unlösbarste verknüpft. Nun hat die sozialdemokratische Partei Belgiens als einzige Partei des Landes, allerdings nur theoretisch, stets die Ansicht vertreten, daß die Annexion Eupen-Malmédys ein schweres Unrecht sei, das nicht nur einen Bevölkerungsanteil auf Unrechtigkeit verurteilt, sondern das auch dem Staat, der dieses Unrecht beging, keinen Erfolg gebracht habe. Dieses Eintreten der belgischen Sozialdemokratie für die Forderungen der neubelgischen Bevölkerung war der einzige Beweggrund, der die Deutschen Eupen-Malmédys zwingen mußte, im Verlaufe ihrer Verleibungspolitik für die Sozialdemokratie Belgiens zu stimmen. So wird auch die Regierung Belgiens den Ausgang der Gemeinderatswahlen als das aufzufassen haben, was es in Wirklichkeit ist, nämlich als eine unmissverständlichste Erklärung und Willensäußerung des Deutschen in Belgien, wieder zurückzukehren in das Land, in das es von Natur aus gehört. Der Charakter dieses Wahlergebnisses in Eupen-Malmédy wird noch durch einen anderen Umstand bedeutungsvoll unterstrichen. Der Bevölkerung wurde neben der sozialdemokratischen und liberalen Wahlliste auch eine sogenannte pro-belgische Liste präsentiert. Das Schicksal, das dieser Liste zuteil wurde, ist symptomatisch. Trotz eifriger Propaganda und einem ungeheuren Druck, der auf die Bevölkerung ausgeübt wurde, gelang es den Kreisen, die hinter dieser pro-belgischen Liste standen, nur, einem einzigen Vertreter dieser Liste den Einzug in einen Gemeinderat zu ermöglichen. Fast überall im Lande trat die Liste so gut wie nicht in Erscheinung. So wird man den Worten, mit denen das deutsche Malmédoyer Blatt "Der Landbote" das Ereignis würdigt, nichts hinzuzufügen brauchen, wenn er wie folgt schreibt: "In Orien, wo wie in Eupen und Malmédy eine Liste von angeblichen pro-belgischer Geburt und Herkunft existierte, liegt es nahe, sich das Wahlergebnis im Hinblick auf eine spätere eventuell unbeeinflusste Volksbefragung in Eupen-Malmédy anzusehen. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, erscheint das pro-belgische Verhalten in Malmédy geradezu lässlich, denn man muß bedenken, daß die Einwohner dieser Liste alles mobilisiert hatten, was nur auszureichen war, sowie daß im "Ernstfalle" alle jetzt mitwirkenden altbelgischen Beamtenfamilien gerechter Weise kein Stimmrecht haben dürfen."

Betrachtet man so das Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Belgien unter besonderer Würdigung des tatsächlichen Erfolges der pro-belgischen Liste, so wird sich jeder, der einigermaßen sachlich zu denken vermag, also sachlich auch die belgische Regierung, zu überzeugen haben, daß die Bevölkerung Eupen-Malmédys deutlich sehr will, daß eine Volksabstimmung, wenn sie nur einigermaßen loyal und gerecht durchgeführt wird, ein Ergebnis bringen wird, das dem tiefsten Sinn, der in diesem Ausgang der Gemeinderatswahlen in Eupen-Malmédy liegt, durchaus gleichkommt. Denn es hat sich auch augenscheinlich erwiesen, daß außer den Alt-Belgien nach dem annektierten Gebiet noch in Belgien und Niederlande kein Mensch in Eupen-Malmédy für die Verleibung der belgischen Staatsangehörigkeit eintritt. Gerade das diese Tatsache der Volkswahlbarkeit gegenüber noch etwas verstärkt zu Tage tritt, dürfte der belgischen Regierung einen Hinweis mehr geben, einen lösenden Entschluß noch zu fassen, bevor er mit einem Weltverzicht verknüpft werden muß.

## Internationale Rundgebung von Wirtschaftsführern.

Der Weltappell für Wirtschaftsfrieden.

vda. Berlin. Nach monatelangen Vorbereitungen soll demnächst in allen europäischen Ländern von London aus ein Manifest bekanntgegeben werden, worin die bedeutendsten Industriellen und Finanzgrößen ein gemeinsames Abwehrt, zu Wirtschaftsverständigung und Abbau der künstlich aufgerichteten Wirtschaftskontrollen mahnen. Von deutscher Seite haben das Manifest unterzeichnet Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Robert Göhl, Ober-Präsident (H. G. G.), von Siemens, Franz von Mendelssohn (Präsident der Berliner Handelskammer), Witthöft (Präsident der Hamburger Handelskammer), Direktor Ullrich (Diskontogesellschaft), Direktor Weichlor (Bankhaus Warburg) und Bögl (Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke).

Aus Frankreich unterzeichneten u. a. die Leiter der beiden größten Unternehmungsbanken und führende Vertreter der Industrie, u. a. der Präsident des französischen Senatskomitees.

Aus England ist u. a. der Gouverneur der Bank von England vertreten.

Von besonderer Bedeutung ist nach der "Volk. Zeitung", daß auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika durch ihre hervorragenden Wirtschaftler, darunter durch J. B. Morgan vertreten sind.

Das Manifest wendet sich insbesondere gegen die Zölle, gegen den Ein- und Ausfuhrverbot, die dem freien Güterverkehr den Weg sperren, ferner gegen die Zollpolitik der Nachkriegszeit. Unter dem Schutze der Zollmauern sei ein unpraktischer Protektionismus getrieben worden. Auch die Eisenbahntarife bildeten eine der Hemmnisse des freien Güterverkehrs. Um Europa die wirtschaftliche Befreiung zu geben, sei vor allem Handelsfreiheit notwendig. Ohne eine Befreiung des internationalen Güterverkehrs von den letzten Schranken könne der Verarmung Europas nicht abgeholfen werden. Das Manifest appelliert deshalb ausdrücklich an die Politik, die dieser Verarmung mit ihrer Vorgehensweise Vorschub leisten und betont schließlich auch die Rückwirkungen der Wirtschaftspolitik auf die allgemeine Politik, wo es ebenfalls das Ziel sein müsse, den bösen Willen durch guten zu ersetzen und die Abgeschlossenheit der Völker in wirksamer Zusammenarbeit umzuwandeln.

B. A. Das vom englischen Reuterbüro angekündigte Manifest der Weltwirtschaft wirkt schon jetzt seine Schatten voraus. In Paris und besonders in London hat die Ankündigung geradezu Sensation erregt. Mit einer unvorstellbaren Spannung erwartet man den Inhalt der Erklärung, die die Großmächte der Welt abzugeben hat. Da man bis jetzt selbstverständlich nichts Näheres über den Wortlaut der in einigen Tagen zur Veröffentlichung kommenden Denkschrift weiß, so hat man sich bei der Beurteilung, die man der Bedeutung und der Wirkung dieses Schriftstückes widmen will, vornehmlich nur auf Vermutungen und einige Mitteilungen zu stützen, die die englische Presse sehr freudig verteilt. Die englische Öffentlichkeit ist aber auch, daß die Veröffentlichung einer solchen bedeutungsvollen Erklärung der Weltwirtschaft lediglich beweise, daß die Gefahren, denen sich Europa gegenübersehen, sich demartig im Augenblick verdichtet hätten, daß nur eine Tat den gordischen Knoten durchhauen könnte. Und als diese rettende Tat preist schon heute die englische Presse die kommende Erklärung, über deren näheren Inhalt man noch nichts weiß. Diese Beurteilung, die die englische Öffentlichkeit dem kommenden Ereignis schon heute widmet, dürfte von durchaus falschen Voraussetzungen ausgehen. Soviel wir zu wissen glauben, greift das kommende Manifest nicht auf die Verhältnisse zurück, die vielleicht erst in den letzten Monaten klar geworden sind, die den Anfang der Vorbereitung für diese Erklärung zeichnen vielmehr bis in die ersten Wochen dieses Jahres zurück. So wird man anzunehmen haben, daß auch die Feststellungen und Folgerungen der Wirtschaftserklärung sich auf eine Situation gründen, wie sie vielleicht vor Jahresfrist bestand. Inzwischen dürfte sich jedoch überall Neues in Europa ereignet haben. Damit soll nicht gesagt sein, daß hierdurch vielleicht die Folgerungen und Erkenntnisse der Wirtschaftserklärung bereits überholt oder erledigt sind, aber durch diese Feststellung dürfte immerhin bewiesen sein, daß nicht die Not des Augenblicks das Manifest der Weltwirtschaft bedingte. Auch darf man nicht vergessen, daß nicht so sehr der Inhalt der Erklärung das Bedeutsame ist, mehr schon der Widerhall, den sie in der Welt auslöst. Vergegenwärtigt man sich jedoch die Haltung verschiedener Siegerstaaten in Europa, wirtschaftlichen Notwendigkeiten

gegenüber, eine scharfe, ablehnende Haltung, die sich auch in den letzten Jahren wenig geändert hat, so wird man doch eine gewisse Skepsis in der Beurteilung des kommenden Ereignisses und seiner Wirkungen auf die Gesundheit Europas obwalten lassen müssen.

Y Berlin. Dem WTB-Verbandsrat wird zu dem Wirtschaftsmanifest und deutschen Wirtschaftskreisen folgende Bemerkung gemacht:

Der Kreis der deutschen Unterzeichner ist wohl aus rein organisatorischen Gründen zunächst nur ein verhältnismäßig kleiner. Es dürfte aber kein Zweifel darüber bestehen, daß dieser Appell in den deutschen Wirtschaftskreisen einen starken Widerhall und zahlreiche weitere Beifügungen unter den führenden deutschen Wirtschaftlern finden wird. Eine besondere Bedeutung erhält der Appell für Deutschland dadurch, daß von einer so großen Zahl führender Wirtschaftler aus nicht weniger als 16 Ländern die wirtschaftlichen Forderungen des Versailleer Vertrages erkannt und ihre Befolgung als Voraussetzung für ein Wiederanstreben der europäischen Produktion und des europäischen Handels erkannt wird.

Der Inhalt des wirtschaftlichen Manifestes.

Y London. Financial Times schreibt, es verlautet, daß das Dokument, dessen Veröffentlichung am Mittwoch erwartet wird, einen Aufruf zur Befreiung der gegenwärtig den Handel hemmenden Hindernisse und zur Herstellung wirtschaftlicher Freiheit darstelle, daß es aber nicht mit dem aus Berlin gemeldeten Plan der Bildung eines internationalen Bankentwurfes zu tun habe.

Y London. Morning Post erklärt, im Zusammenhang mit der Pariser Sitzung der Internationalen Handelskammer werde davon gesprochen, daß möglicherweise eine Art Manifest führender internationaler Bankiers veröffentlicht werden wird.

Daily News schreibt, das Manifest führender Bankiers und Industrieller Amerikas und Europas sei gestern als eines der wichtigsten Dokumente seit dem Versailleer Vertrag bezeichnet worden. Weiter erklärt das Blatt, es verlautet, daß das Manifest gleichzeitig in London und in den Hauptstädten des Kontinents am Mittwoch morgen veröffentlicht werden wird. Es verlange die Annahme eines endgültigen Planes zur Heilung der wirtschaftlichen Uebel Europas. Es sei im Laufe der letzten sechs Monate abgefaßt worden und stelle die wohlverwogene Ansicht der besten und klügsten Köpfe der Finanzwelt dar. Man erwarte einen tiefgehenden Einfluss auf die künftige Gestaltung der finanziellen und politischen Lage der Welt. Eine hohe Finanzautorität habe gestern einem Vertreter der Daily News erklärt, es müsse ein sofortiger Ausweg aus der sehr schwierigen Lage Europas gefunden werden. Die bisher von den Nationen befolgte Politik habe die Schwierigkeiten nicht vermindert, sondern vermehrt. Ein vollständiger Wechsel der Politik sei notwendig, um den Kredit wiederherzustellen und den Handel und die Einnahmen zu vergrößern. Die ganze Bedeutung des Manifestes werde begriffen werden, wenn die Namen und der Stand der Unterzeichner bekannt sein werden.

Welt Journal über das Wirtschaftsmanifest.

Y Paris. Der Londoner Berichterstatter des Welt Journal erklärt, daß Mittwoch vormittag in sämtlichen europäischen Hauptstädten gleichzeitig ein Manifest veröffentlicht werden würde, das die Unterchriften der größten europäischen und amerikanischen Finanzleute trage. Es enthalte ein Exposé über die aus dem Kriege sich ergebende Lage Europas und zwar die Finanz- und Wirtschaftslage und fordere die Annahme eines genauen Planes, um die Lage zu bessern. Dieses Dokument sei vielleicht das wichtigste seit dem Versailleer Vertrag. Seine Auffassung betreffend wirtschaftliche Wiederherstellung werde alle bisherigen Auffassungen enthalten. Es werde zweifellos eine allgemeine Überraschung hervorrufen. Seine Abfassung habe mehr als sechs Monate gedauert. Das Dokument gebe die Ansicht der bedeutendsten Köpfe der internationalen Finanzwelt wieder. Das Manifest erkläre, daß die seit dem Krieg von den europäischen Nationen verfolgte Politik mehr Probleme aufgeworfen als gelöst und mehr Schwierigkeiten geschaffen als überwunden habe, und befürworte eine radikale Wendung in der europäischen Politik.

## Empfänge beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Dunkelraum.) Reichspräsident von Hindenburg empfing heute vormittag die deutschen Konsulargeräte in Audienz. Gegen mittag hatte der kubanische Vizekonsul Querrera dem Reichspräsidenten einen Besuch ab. Oberst Querrera, der nach Berlin zum Besuche der Volksgaustragung gekommen ist, überbrachte dem Reichspräsidenten eine feidene kubanische Fahne und ein Bild des kubanischen Präsidenten.

## Reichsfrauentag der Deutschen Volkspartei.

Id. Jena. Die diesjährige Reichsfrauentagung der Deutschen Volkspartei findet vom 13. bis 15. November in Jena statt. Die Tagung wird eröffnet durch eine Begrüßungsfeier Sonnabend nachmittag, an die sich Vorträge anschließen werden. Für den Sonntag sind Vorträge über die Grundlagen der Außenpolitik vorgesehen, für Montag über wohnungspolitische Fragen und Beschäftigungsfragen. Vor den bekanntesten Führerinnen der volksparteilichen Frauenbewegung hat auch Reichsaussenminister Dr. Stresemann sein Erscheinen zugesagt.